STADT STEIN AM RHEIN

Sitzung 04/13 des Einwohnerrates

Freitag, 21. Juni 2013, 20.00 - 22.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Käser	Werner	FDP	Präsident
Anwesend:	Einwohnerrat			
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Dean	Cornelia	SP	
	Della Giacoma	Claudio	FDP	
	Flück	Christian	Pro Stein	Stimmenzähler
	Frei	Christoph	Pro Stein	
	Gruhler Heinzer	Irene	SP	
	Käser	Werner	FDP	Präsident
	Marchetto	Gian-Luca	SVP	Aktuar
	Ochsner	Daniel	SVP	
	Oster	Rolf	SP	
	Rossi	Jean-Marc	ÖBS	
	Schäffeler	René	FDP	
	Spescha	Peter	SP	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	Vize-Präsident
	Stadtrat			
	Eimer	Claudia Pia	Stadtpräsidentin	
	Böhni	Ernst	Sicherheitsreferent	
	Hug	Beat	Finanzreferent	
	Oderbolz	Markus	Bau- und Werkreferent	
	Schilling	Heidi	Sozialreferentin	
	Verwaltung			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi	Beat	Weibel	
	Geschäftsprüfungskommission			
	Schmid	Werner	Präsident	
Entschuldigt:	Weibel	Urs	Mitglied GPK	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Protokollgenehmigung
2. Jahresrechnung 2012: Genehmigung
3. Postulat Flück: Überprüfung des Standortes Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker
4. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker, Ersatz der Beleuchtung Kreditantrag über Fr. 198‘000
5. Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Art. 37 - 41
6. Wahlen

6.1 Wahl von 5 Mitgliedern der Fachkommission „Soziales, Betreuung, Bildung, Kultur und Wirtschaft“

6.2 Wahl von 5 Mitgliedern der Fachkommission „Bau, Liegenschaften, Werke, Sicherheit und Umwelt“

7. Motion Kommission „Geschäftsberatungsprozesse“
8. Motion Oster: Einführung des Labels „Energiestadt“
9. Interpellation Rossi: Perspektiven für die Schulen
10. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Werner Käser eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Infolge eines technischen Problems können keine Tonaufnahmen der Sitzung gemacht werden. Das Protokoll wird aufgrund der Notizen der Protokollführerin und den abgegeben Unterlagen der Sitzungsteilnehmer erstellt.

Werner Käser informiert, dass Traktandum 10, Volksmotion Reutemann: Verfassungsänderung „Zur Erhaltung von Kulturdenkmälern“ auf die Sitzung vom 6. September verschoben wird. Dadurch kann die Traktandenliste entlastet werden und etwas Abstand tut für eine sachliche Diskussion gut. Dies wurde mit Johanna Reutemann abgesprochen und auch von ihr gut geheissen.

Christian Flück, Pro Stein, beantragt, dass sein Postulat als Traktandum 3 behandelt wird, da dies je nach Ausgang einen Einfluss auf den Kreditantrag Ersatz-Beleuchtung Alters- und Pflegeheim hat.

Abstimmung:
Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen angenommen.

Die abgeänderte Traktandenliste wird genehmigt.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

1. Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 12. April 2013 wird genehmigt.

FINANZEN, Stadtkasse, Jahresrechnung 02.25.010

2. Jahresrechnung 2012: Genehmigung

Beat Hug, Finanzreferent, zeigt sich erfreut über die Rechnung. Sein Dank geht an seine Vorgängerin, Heidi Schilling, den Stadtrat und die Verwaltung, die sorgsam mit den vorhandenen Mitteln umgehen.

Die laufende Rechnung weist unbereinigt einen Überschuss von Fr. 650‘778.93 aus. Davon wurden Fr. 623‘511.90 für ausserordentliche, zusätzliche Abschreibungen verwendet, welche die Rechnung über die nächsten Jahre entlasten werden. Das Kapitalkonto weist per 31.12.2012 einen Bestand von Fr. 3‘687‘880.61 auf.

Zum erfreulichen Ergebnis haben unter anderem die Aufhebung einer Klasse in der Oberstufe sowie der Landverkauf beigetragen. Die geringeren Beiträge für die Krankenkassenprämienverbilligungen wurden in der Zwischenzeit per Volksinitiative wieder aufgehoben und werden die Rechnung im nächsten Jahr mit zusätzlichen Fr. 200‘000 mehr als vorher belasten.

Bei den Gemeindesteuern entspricht das Ergebnis im Vergleich zum Voranschlag einer ziemlichen Punktlandung. Der Dank geht in diesem Zusammenhang an die Jakob und Emma Windler-Stiftung, die mit Fr. 1,1 Mio. zu den laufenden Rechnungen und 1,37 Mio. in die Investitionsrechnung, diese erheblich entlastet hat.

Der Parkplatzfonds verfügt nicht mehr über viel Geld, da seinerzeit beschlossen wurde, die Abschreibung der Planungskosten für das Parkhaus darüber zu tilgen. Erste Massnahmen wurden mit der Erhöhung der Parkgebühren getroffen und der Fonds wird ein Gesprächsthema im Stadtrat bleiben.

Die Investitionsrechnung schliesst bei Einnahmen von Fr. 2‘863‘789.41 und Ausgaben von Fr. 6‘549‘599.60 mit Nettoinvestitionen im Betrag von Fr. 3‘685‘810.10 ab. Es musste Geld von Fr. 2,5 Mio. aufgenommen werden, dies konnte aber zu guten Konditionen geschehen und die Zinsen langfristig festgelegt werden. Die Stadt hat Schulden von Fr. 14,3 Mio.

Wie auf Seite 18 ersichtlich, liegt die relative Steuerkraft in Stein am Rhein bei Fr. 2‘994.- pro Einwohner, was über dem kantonalen Mittel liegt. Die Nettolast mit Fr. 1‘137.- pro Einwohner ist im kantonalen Vergleich tief.

Werner Schmid, Präsident GPK, informiert, dass die GPK die Rechnungen 2012 mittels individueller Prüfungen durch ihre Mitglieder sowie in fünf gemeinsamen Sitzungen geprüft hat. Die Prüfungsfeststellungen und Fragen konnten in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat am 18. April 2013 und in verschiedenen Gesprächen mit dem Zentralverwalter erörtert werden.

Die Prüfungsschwerpunkte lagen neben der Prüfung der Rechnung und der Bilanz in den Bereichen Personal, Rückstellungen, Investitionen (Bau- und Planungskreditabrechnungen) und Parkplatzfonds.

Wie im gedruckten Bericht und Antrag erwähnt, beantragt die GPK, die vorliegenden Rechnungen 2012 zu genehmigen.

Mit diesem ergänzenden Bericht möchten sie auf einige Ergebnisse aus den Prüfungen und grundlegende Themen etwas detaillierter eingehen:

Auch die laufende Rechnung 2012 schliesst erfreulicherweise mit einem Ertragsüberschuss ab. Sowohl auf Ertrags- als auch auf Aufwandseite ergeben sich teils deutliche Abweichungen gegenüber dem Voranschlag. Die Rechnung beinhaltet ausserordentli-

che Abschreibungen von Fr. 450‘000.00 für die Sporthalle Hoga und von Fr. 160‘713.50 für die Anschaffung von Fahrzeugen und den Ersatz der IT-Anlagen an den Schulen.

Die wesentlichen Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen betreffen insbesondere:
- geringere Lehrerlöhne bei der Oberstufe infolge Aufhebung einer Klasse per Schuljahr 2012/2013
- geringere Beiträge für die Krankenkassenprämienverbilligungen aufgrund der vom Kantonsrat beschlossenen Kürzungen
- höhere Kantonsbeiträge für die Altersbetreuung aufgrund der Vorjahresrechnung
- höhere Grundstückgewinnsteuern sowie
- ein deutlicher Buchgewinn aufgrund des Landverkaufs an die Firma dreh24 AG.

Die GPK hat den Stadtrat darauf hingewiesen, dass ein Arbeitszeit- und Ferienreglement für die Stadtverwaltung zu erlassen ist, um bestehende Unklarheiten in diesem Bereich auszuräumen. Gemäss Auskunft des Stadtrates ist ein solches in Vorbereitung.

Analog zum Strassenbau sollte aus Sicht der GPK auch für die städtischen Liegenschaften ein entsprechendes Unterhaltskonzept erstellt werden, um die Ausgaben in diesem Bereich besser planen zu können. Der Stadtrat hat auch hier ein entsprechendes Konzept in Aussicht gestellt.

In Abweichung zum Finanzplan schliesst der Wärmeverbund 2012, aufgrund in dieser Höhe nicht vorgesehener Unterhaltsarbeiten, mit einem Verlust von Fr. 114‘378.35 ab. Wiederum steht in Kürze eine Investition an, welche die Betriebsrechnung weiter belasten wird. Mit dem weiteren Wärmebezug von Vertragsnehmern spätestens ab Anfang 2014 und durch die Erhöhung des Wärmeenergiepreises sollen die Einnahmen steigen. Die GPK wünscht eine sorgfältige Verfolgung des Erfolgs der separaten Rechnung Wärmeverbund. Ziel muss es weiterhin sein, eine mindestens ausgeglichene Rechnung zu erzielen, wie im Finanzplan vorgesehen.

Der Parkplatzfonds ist aufgebraucht. Die Entwicklung der Parkgeldeinnahmen entspricht nicht den Erwartungen. Die Ausgaben übersteigen die entsprechenden Einnahmen und haben dazu geführt, dass der Stadtrat auch in der Rechnung 2012 entschieden hat, den Unterhalt von Anlagen nicht mehr vollumfänglich dem Parkplatzfonds zu belasten. Der ursprüngliche Zweck des Parkplatzfonds wird nicht mehr erfüllt. Die GPK wünscht eine Überarbeitung des entsprechenden Reglements mit eindeutiger Festlegung des Zwecks dieses Fonds und welche Ausgaben mit welcher Priorisierung über den Fonds abgerechnet werden. Zudem muss der Fonds auch wieder so ausgestaltet werden, dass längerfristige Projekte im Bereich der Parkplätze möglich sind.

Die im Geschäftsbericht ausgewiesenen Bau- und Kreditabtrechnungen wurden durch die GPK geprüft.

An dieser Stelle möchte es die GPK nicht unterlassen, allen Beteiligten für die sehr gute Zusammenarbeit, die konstruktiven Diskussionen und insbesondere dem Zentralverwalter, Martin Furger, für sein grosses Engagement und die transparente und saubere Rechnungsführung zu danken.

Die GPK bittet um Annahme der Rechnung 2012.

<u>Eintreten</u>
Arthur Cantieni, SP, möchte nach den Ausführungen des Präsidenten der GPK Wiederholungen vermeiden. Die Fraktion beurteilt die Rechnung als ausserordentlich erfreulich. Der Vorbericht des Stadtrates ist, wie immer in den letzten Jahren, ausgezeichnet abgefasst und lässt kaum Fragen offen. Das gleiche gilt bei den Kommentaren

zu den einzelnen Konten. Deshalb zu Beginn ein Kompliment und Dank an die Finanzreferentin a.D. und den sehr umsichtigen und ausserordentlich kompetenten Zentralverwalter.

Trotz der positiven Rechnung ist aber auch der SP-Fraktion nicht entgangen, dass das gute Ergebnis auch auf Grund einiger spezieller Ereignisse zustande gekommen ist, durch den Wegfall einer Schulklasse an der Oberstufe, Reduzierung der Prämienverbilligung bei den Krankenkassen, vermehrte Einnahmen bei der Grundstückgewinnsteuer usw.

Auf Grund dieser Faktoren, die so vermutlich im nächsten Jahr nicht wieder auftreten werden, ist die SP-Fraktion allerdings vorsichtig in der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Stadtfinanzen. Vor allem sehen sie zurzeit eigentlich kaum einen Spielraum für weitere Steuersenkungen. Immerhin wurde der Steuerfuss der Gemeinde in den letzten zehn Jahren von 110 Prozent auf erträgliche 95 Prozent gesenkt. Dazu kommen noch erheblich Entlastungen bei den Kantonalen Steuern.

Er hat in Sachen Steuern nebenbei einmal weiter zurückgeschaut als nur 10 Jahre, nämlich 40 Jahre. Dabei hat er festgestellt, dass im Jahr 1973, man höre und staune, die Gemeindesteuer noch 130 % betrug, also gut 1/3 höher als jetzt. Für die damaligen Einkommen eine grosse Belastung, wie man sie sich heute kaum mehr vorstellen kann.

Zu denken gibt ihm, das nur nebenbei, und das kann er als Betreibungsbeamt a.D. aus eigener Anschauung beurteilen, dass z.B. die Zahlungsmoral bei den Steuern damals weit besser war als heute bei weit tieferen Steuern und höheren Löhnen. Vielleicht würde es sich einmal lohnen, einmal über diese Tatsache etwas tiefer nachzudenken. Aber das nur nebenbei.

Nicht übersehen werden kann auch, das wurde ebenfalls schon erwähnt, dass im nächsten Jahr die Krankenkassenprämien-Verbilligung massiv teurer wird. Aufgrund der Reduktion des Kantonsrates zahlt Stein am Rhein pro Einwohner z.Zt. Fr. 146.--. Bei 3340 Einwohnern macht das Fr. 487‘640. Durch Annahme der AL-Initiative erhöht sich dieser Gemeindebeitrag gemäss Berechnungen des Kantons 2014 auf Fr. 240.-- pro Einwohner. Dies ergibt neu eine Summe von Fr. 801‘600 resp. die bereits genannte zusätzliche Belastung der Rechnung 2014 um rund Fr. 300‘000.

Längerfristig negativ entwickeln könnte sich auch der Zinsbelastungsanteil. Dieser lag im Jahr 2002 noch bei über 5 %, ist heute aber bei Null. Allerdings gibt es jetzt deutliche Anzeichen, dass die Politik des billigen Geldes langsam vorbei ist. Das wird sich allerdings allenfalls erst langfristig auf die Finanzen auswirken.

Fazit: Die SP-Fraktion freut sich selbstverständlich über den wiederum ausserordentlich guten Rechnungsabschluss. Sie übersieht jedoch auch nicht die Sonderfaktoren, die zu diesem erfreulichen Ergebnis geführt haben.

Sie danken allen an der Rechnung Beteiligten für die geleistete Arbeit. Ebenfalls einen herzlichen Dank an die Windler-Stiftung für ihre grosszügige finanzielle Unterstützung.

Die SP-Fraktion ist selbstverständlich für Eintreten.

Christian Flück, Pro Stein, anerkennt im Namen der bürgerlichen Fraktion das positive Ergebnis. Die Rechnung wurde durch die GPK überprüft und zur Annahme empfohlen. Sein Dank geht an den Stiftungsrat der Windler-Stiftung, die Verwaltung und den Stadtrat für die Ausgabendisziplin und an das Team von Martin Furger.

In der bürgerlichen Fraktion ist die Annahme der Rechnung unbestritten.

Detailberatung

René Schäffeler, FDP, möchte vom Stadtrat gerne eine Antwort zu folgenden Punkten aus dem Bericht der GPK:
- Arbeitszeit- und Ferienreglement
- Unterhaltskonzept
- Wärmeverbund
- Parkplatzfonds

Bis wann sind diese Themen im Stadtrat abgeschlossen?

Beat Hug, Finanzreferent:
- Arbeitszeit- und Ferienreglement: verschiedene Reglemente wurden gesichtet, ein Entwurf wird bis zu den Sommerferien erarbeitet sein und bis Ende Jahr sollte ein Reglement erstellt sein.
- Der Parkplatzfonds ist beim Stadtrat in Arbeit.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent:
- Für die Erarbeitung eines Unterhaltskonzepts hat der Stadtrat einen Kredit für externe Unterstützung gesprochen. Die erhöhten Kosten für den Unterhalt der Liegenschaften werden Auswirkungen auf den Voranschlag 2014 haben.
- Bei der Rechnung Wärmeverbund werden die nötigen Massnahmen ergriffen.
- Ein Unterhaltskonzept für die Umgebung wird bis Ende Jahr präsentiert werden.

Seite 53, 025 Verwaltung Hochbau, 301.00 Besoldungen

Gian-Luca Marchetto, SVP, möchte wissen, wie lange die Übergangszeit in der Bauverwaltung war.

Beat Hug, ehemaliger Baureferent, informiert, dass diese Besoldung für die Zeit von August – Dezember 2012 gilt. Das Problem auf dem heutigen Arbeitsmarkt sei, dass gute Leute längere Kündigungszeiten hätten. Mit der Anstellung eines Voll-Profis, der selbständig arbeitete, konnte diese Zeit gut überbrückt werden.

Seite 67, 220 Sonderschulung, 362.00 Beiträge an Sonderschulen

Gian-Luca Marchetto zitiert: „Im Schuljahr 2011/12 besuchten 4 bzw. im Schuljahr 2012/2013 7 Schülerinnen bzw. Schüler auswärtige Sonderschulen. Der Voranschlag geht von durchschnittlichem 1 Schüler aus.“
Hat man bei Erstellung des Voranschlags diese Anzahl nicht gewusst?

C. Eimer, Schulreferentin, erklärt, dass man diese nicht im Voraus bereits weiss. Es handelt sich dabei um z.B. Blindenschulen, Sportschulen etc.

G.-L. Marchetto empfindet die Differenz als sehr gross.

B. Hug erläutert, dass bei der Budgetierung 1 Kind eine Sonderschule besuchte, darauf stützte man sich. Es sei relativ schwierig, dies im Voraus zu planen.

Seite 79, 442 Spitex Bezirk Stein, 432.00 Beiträge Krankenpflege

R. Schäffeler, FDP, möchte wissen, ob der Rückgang der Besuche zu einer Anpassung der Kapazitäten führen wird.

H. Schilling, Sozialreferentin, erklärt, dass ein neues Konzept mit dem Anschluss ans Altersheim eingeführt wurde. Der Rückgang stehe wohl auch im Zusammenhang mit dem Selbstbehalt, der durch den Bezüger bezahlt werden muss. Diese Entwicklung wird sicher weiter beobachtet und bei Bedarf werden die personellen Konsequenzen gezogen.

Seite 83, 542 Kindertagesstätte, 434.00 Elternbeiträge

R. Schäffeler interessiert, ob betreffend Struktur- und Tarifanpassungen bereits Ergebnisse vorliegen.
H. Schilling informiert, dass die Tarifgestaltung neu ausgearbeitet wird Die Veränderungen auf Januar 2014 sind in Arbeit.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:
Die Jahresrechnung 2012 wird einstimmig genehmigt.

Mitteilung an
Amt für Justiz und Gemeinden, Mühletalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Finanzreferent
Bereichsleiter Finanzen
Stadtkanzlei
Mitteilungen aus dem Stadtrat
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

3. Postulat Flück: Überprüfung des Standortes Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker

Christian Flück, Pro Stein, begründet das Postulat wie folgt:
Mit der Überweisung der Motion Hugo Meier vom 7. November 2001 wurde der Stadtrat gebeten, Überlegungen zum Bau und zur Finanzierung von geschützten Alterswohnungen auf dem Irmiger Areal anzustellen.

In November 2012 teilt der Stadtrat an einer Informationsveranstaltung mit, dass das Projekt Alterswohnungen an diesem Standort aus Kostengründen nicht realisiert werden kann. Der Einwohnerrat wurde zu diesem Entscheid und auch zur Beantwortung der Motion noch nicht begrüsst.

Wie bekannt, wird die Thematik nun auch von Einwohnerseite aufgegriffen. Neueste Aktivitäten von Steiner Einwohner/-innen zeigen, dass die Angelegenheit Wohnen im Alter nicht gestorben oder erledigt ist.

Es geht um die Wohnsituation zwischen dem Auszug aus dem Eigenheim und dem Einzug in ein Pflegeheim. Das betrifft zukünftig die Altersgruppe 70 – 90 Jahre. Konkrete Ideen von engagierten Senioren und anderen Einwohnern bestehen, wie diesem Bedürfnis entsprochen werden kann. Das Hauptziel soll sein, zahlbare Alterswohnungen anzubieten und verschiedenen Dienstleistungen zu nutzen wie Wohnungsreinigung, Wäschedienst, Mahlzeiten, Spitexleistungen und einen 24h-Notfalldienst. Will man Synergien im Bereich der Dienstleistungen nutzen, ist eine Verbindung zwischen Alters- und Pflegeheim und Wohnen im Alter sinnvoll.

Investitionen im Alters- und Pflegeheim wurden jeweils mit dem Hinweis auf die Ergänzung mit Alterswohnungen vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Dazu gibt es eine Einwohnerrat-Vorlage vom 27. August 2010 betreffend Instandhaltung und energetische Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes. Das 50-jährige Altersheim wurde in verschiedenen Schritten erweitert und wird in den nächsten Jahren mit einigem finanziellen Aufwand Instand gehalten und energetisch soweit möglich saniert.

Die Verbesserung der baulichen Infrastruktur, die in der Orientierungsvorlage vom 24. Februar 2013 vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen wurde, soll nach Abschluss

der Planungen neu mehr als Fr. 5 Mio. betragen. Diese Investitionen sollen in ein Pflegeheim getätigt werden, das bezüglich der Zimmergrössen nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen entspricht.

Kostenschätzungen für ein neues Pflegeheim liegen bei ca. Fr. 15 – 16 Mio., ca. Fr. 400'000 pro Zimmer.

Die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen sowie die langfristige Planung und Umsetzung von Art. 3 des Altersbetreuungs- und Pflegegesetz haben die Pro Stein bewogen, vom Stadtrat eine Klarstellung bezüglich Standort zu erhalten und ihn zu bitten, mit möglich Initianten von Alterswohnungen aktiv das Gespräch zu suchen.

Der Stadtrat wird beauftragt:

- Eine Aussage zum Standort des heutigen Altersheims im Sinne einer Klarstellung zu machen, d.h. bleibt er dort wo er heute ist?
- Mit den privaten Initianten der Alterswohnungen (nicht gewinnorientierte Institutionen) das Gespräch zu führen, um eine mögliche Zusammenarbeit zu eruieren.

Im Sinne einer aktiven und breit vertretbaren Sozial- und Alterspolitik wird auch der Aspekt des Wohnens im Alter für sehr viele Einwohner früher oder später ein wichtiges Thema werden. Er würde sich freuen, wenn die Ratskolleginnen und -kollegen einer Überweisung des Postulates zustimmen würden.

Heidi Schilling, Sozialreferentin, kann in Namen des Stadtrates diese beiden Fragen bereits heute beantworten und erachtet, die Eingabe eher als Interpellation denn als Postulat.

Die erste Frage kann eindeutig mit Ja beantwortet werden. Im Moment denkt der Stadtrat keinen neuen Standort an. Im Moment sind im Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker noch bis spätestens 2020 Projektarbeiten im Gange, die den Weiterbestand über 2020 hinaus gewährleisten. Gemäss Vorlage vom 27. August 2010 wurden vom Einwohnerrat rund Fr. 2,0 Mio. zustimmend zur Kenntnis genommen für die energetische Instandhaltung und Sanierung der Baute. Die Orientierungsvorlage vom 24. Februar 2013 zeigte auf, wie die bauliche Infrastruktur in Zukunft ergänzt und verbessert werden kann, so dass für die Bewohnerinnen und Bewohner ein altersgerechtes Zuhause entsteht, welches auch in pflegerischen Belangen vollauf genügt. So wurde zum Beispiel die Cafeteria bereits umgebaut, ein Mehrweckraum ist entstanden und weitere kleine Verbesserungen für die Bewohner/-innen wurden realisiert. Dank der grosszügigen Unterstützung der Jakob und Emma Windler-Stiftung kann die finanzielle Belastung für die Stadt in vernünftigem Rahmen gehalten werden.

Geplant sind eine Verbesserung des nicht behindertengerechten Zugangs zum Heim, die Gestaltung der gesamten Gartenanlage, die Erweiterung des Speisesaals mit direktem Zugang zum Garten sowie die komplette Sanierung des obersten Stockwerkes. Auch diese Bauvorhaben werden von der Stiftung unterstützt.

Von Fachleuten wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Idee der Seniorenresidenz, in der aktive Bewohnerinnen und Bewohner zu Haus sind, nicht mehr aktuell ist. Die Institutionen werden mehr und mehr zu Orten, an denen die Menschen gepflegt werden. Aufgrund dieser Beurteilung ist die Frage des Standortes nicht im Vordergrund. Derzeit sind vier Personen derart mobil, dass sie selbständig das Heim verlassen können.

Der Stadtrat ist im Weiteren der Meinung, dass das Leitbild eine Aussage zu den Liegenschaften im städtischen Besitz machen wird. Im Moment sind derart viele Projekte bei der Stadt zumindest angedacht bzw. Gelder gesprochen oder im Finanzplan aufgenommen (Rathaus, Unterführung SBB, Rheinufer, Strandbad, Infrastrukturanlagen, Schulbauten), dass die personellen Ressourcen für weitere Projekte nicht mehr ausrei-

chen. Nach Abschluss weiterer Projekte kann die Standortfrage selbstverständlich neu angedacht werden.

Die Altersheimkommission hat am 5. Juni eine Sitzung abgehalten und die Standortfrage ebenfalls diskutiert. Dabei ist ebenfalls herausgekommen, dass am jetzigen Standort festgehalten werden soll.

Im Rahmen des Jubiläums kann das Altersheim am Wochenende besichtigt werden: Samstag 12.30 und 13.30 Uhr, Sonntag 11.15 Uhr. Diese Möglichkeit sollte benutzt werden, um sich ein Bild vor Ort zu verschaffen.

Die zweite Frage kann ebenfalls mit Ja beantwortet werden. Der Stadtrat hat immer mit allen Interessierten und mit allen Beteiligten das Gespräch gesucht und auch geführt. Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass alle Empfehlungen, Vorschläge und Ideen auch umgesetzt wurden. Der Stadtrat bietet jederzeit Hand, Projekte voranzubringen und im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Dies kann auch bedeuten, dass er sein Netzwerk zur Verfügung stellt oder sich anderweitig engagiert.

Der Stadtrat ersucht den Einwohnerrat, das Postulat nicht zu überweisen, da die gestellten Fragen bereits heute befriedigend beantwortet werden konnten und weitere Abklärungen keine neuen Erkenntnisse bringen.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident fragt, ob eine Überweisung weiterhin als nötig erachtet wird.

Christian Flück bedankt sich für die Ausführungen des Stadtrates. Seine Fragen findet er aber nur bedingt beantwortet. Die Frage der aktiven Einbindung der anderen Seite ist ein langfristiges Thema und auch die Frage, wie Synergien genutzt werden können ist noch offen. Er hält deshalb an seinem Postulat fest.

Cornelia Dean, SP, teilt mit, dass eine Standortverschiebung für die Fraktion indiskutabel ist. Die privaten Initianten für Alterswohnungen und das Altersheim sind zwei verschiedene Dinge. Sie hätten es begrüsst, wenn das Postulat in eine Interpellation umgewandelt worden wäre. Sie sind grossmehrheitlich gegen eine Überweisung.

Claudio della Giacoma, FDP, findet, dass das Altersheim gut aufgestellt ist. Die gestellten Fragen des Postulates wurden beantwortet. Die Entwicklung des Altersheims basiert auf Planungen und Untersuchungen und um die Zukunft weiterhin gestalten zu können, bedarf es einer Planungssicherheit. Dies ist aber seine persönliche Meinung dazu.

Arthur Cantieni, SP, erinnert daran, dass die SP nur grossmehrheitlich für Nicht-Überweisen ist. Er habe durchaus Sympathien zum Postulat. Da aber heute die Fragen bereits beantwortet wurden, macht eine Überweisung des Postulats eigentlich keinen Sinn mehr.

Christian Flück zieht das Postulat zurück. Das Geschäft ist erledigt.

Mitteilung an
Christian Flück, Orichhöhe 7a, 8260 Stein am Rhein
Einwohnerrat, Werner Käser, Präsident, Mühlestrasse 15, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage (mit Wahlprotokoll)

BAU, Städtische Gebäude, Alters- und Pflegeheim 00.25.005

4. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker, Ersatz der Beleuchtung Kreditantrag über Fr. 198‘000

Heidi Schilling, Sozialreferentin, erinnert daran, dass am 27. August 2010 der Einwohnerrat von der Orientierungsvorlage Instandstellung und energetische Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes im Alters- und Pflegeheim mit einem Volumen von rund 1,8 Mio. Franken Kenntnis genommen hat. Dem vorgeschlagenen Vorgehen wurde zugestimmt. Eine weitere Vorlage, vom Februar 2012, zur Verbesserung der baulichen Infrastruktur zugunsten der Heimbewohnerinnen und Bewohner, wurde vom Einwohnerrat ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Die heutige Vorlage enthält eine Übersicht mit den ausgewiesenen Investitionen von 2008 bis 2012. Mit dem Ersatz der Beleuchtung wird nun die Orientierungsvorlage weiter umgesetzt. Die jetzige Beleuchtung genügt nicht mehr, die notwendige Helligkeit ist in den Zimmern nicht mehr gegeben, sei es zum Lesen, um sich zu orientieren, oder auch für die Pflege. Auch die Gangbeleuchtung ist mangelhaft und muss verbessert werden.

Die Investitionen belaufen sich auf Fr. 198‘000. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die unbefriedigende Beleuchtung ersetzt werden muss, um so den Bewohnerinnen und Bewohnern den Alltag zu erleichtern. Der Stadtrat ist auch sehr erfreut, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung die volle Kostenübernahme zugesichert hat und somit die Investitionsrechnung des Altersheims nicht belastet. Die Heimkommission unterstützt den Ersatz der Beleuchtung ebenfalls.

Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat, der Vorlage für eine verbesserte Beleuchtung im Alters- und Pflegeheim zuzustimmen.

Eintreten

Cornelia Dean, SP, konnte sich als Mitglied der Altersheimkommission selber einen Eindruck über die Zimmer und die öffentlichen Räume bei Nacht machen. Die Zimmer sind im jetzigen Zustand für die Umstände der pflegebedürftigen Bewohner/-innen ungenügend beleuchtet und es scheint ihr notwendig, dass die Beleuchtung zum Wohle der Bewohner/-innen ersetzt wird. In den öffentlichen Räumen und den Gängen wird mit einer neuen Beleuchtung eine weitaus bessere Sicht geschaffen, was für sehbehinderte Bewohner/-innen eine grosse Erleichterung sein kann. Da dies ein weiterer geplanter Schritt bei der Sanierung des Altersheims ist, bittet Sie, dem Kreditantrag zuzustimmen.

Claudio della Giacoma, FDP, erachtet die Investition als notwendig. Bemängelt aber die fehlende Kostenaufstellung. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, informiert, dass die Kostenaufstellungen jeweils bei den aufliegenden Akten im Rathaus zur Verfügung stehen.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. **Der Baukredit über Fr. 198’00 für die Erneuerung der Beleuchtung in den Bewohnerzimmern und teilweise in den öffentlichen Räumen wird bei 2 Enthaltungen genehmigt.**
2. **Der Einwohnerrat dankt der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die grosszügige Finanzierung des Vorhabens.**

Mitteilung an

Bau-/Werkreferent
Sozialreferentin
Bereichsleiter Bau
Bereichsleiter Finanzen
Bereichsleiterin Soziales
Leiter Alter & Gesundheit
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

5. Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates Art. 37 - 41

René Schäffeler, FDP, möchte nicht alles wiederholen, das bereits an der letzten Sitzung ausgeführt worden ist. Sie schlagen vor, dass zwei Fachkommissionen gebildet werden.

- Die Fachkommission für Soziales, Gesundheit, Betreuung, Bildung, Kultur und Wirtschaft
- Die Fachkommission für Bau, Liegenschaften, Werke, Sicherheit und Umwelt.

Die Zuweisung der Geschäfte erfolgt durch das Büro des Einwohnerrates und nicht alle Geschäfte müssen zwingend behandelt werden. In den zwei Kommissionen sollen wichtige Geschäfte vorberaten werden und die Kommissionen sollen ein Bindeglied zwischen Einwohnerrat und Stadtrat sein. So kann der Einwohnerrat seine Kontrollaufgabe wahrnehmen und das entstandene Vakuum ausfüllen. Wichtig für die Arbeit ist die frühzeitige Bekanntgabe der Geschäfte sowie der Legislaturziele.

Arthur Cantieni, SP, macht sich keine Illusionen mehr nach Studium des Protokolls der letzten Sitzung, bei der er leider krankheitshalber abwesend war. Die Meinungen in dieser Sache sind weitgehend zementiert. Dennoch möchte er ganz kurz seine ablehnende Haltung zu dieser Änderung der Geschäftsordnung darlegen.
Soweit er sich erinnert, war in den letzten Jahren eine zunehmende Unzufriedenheit über die zweifellos vorhandene „Kommissionitis“ entstanden. Zu viele Kommissionen, zu grosse und ineffiziente Kommissionen usw. Dem wollte der Einwohnerrat verständlicherweise entgegen wirken.
Was er aber nun im Sinn hat zu beschliessen, sind zwei Superkommissionen mit je fünf Mitgliedern des Einwohnerrates. Dieses Modell wird praktisch 1 zu 1 übernommen vom Grossen Stadtrat der Stadt Schaffhausen. Auch die Anzahl der vorgesehenen Kommissions-Mitglieder dieser Kommissionen ist identisch. Dabei wird übersehen, dass es sich bei Schaffhausen um eine Stadt von über 36‘000 Einwohner handelt. Ausserdem besteht dessen Parlament aus 36 Mitgliedern.
Er ist der Ansicht, dass dieses Konstrukt für Stein eine Nummer zu gross ist. Es gefällt ihm nicht, dass damit fast der ganze Einwohnerrat in diese beiden Kommissionen eingebunden wird. Er sieht dadurch die Unabhängigkeit des Rates ernstlich gefährdet. Er sieht die Gefahr einer Vermischung von Exekutive und Legislative. Deshalb kann er dieser Änderung der Geschäftsordnung nicht zustimmen.

René Schäffeler erklärt, dass die Anzahl der Mitglieder tatsächlich zu grossen Diskussionen geführt hat. Aber 3 Mitglieder wären zu einseitig, vor allem wenn ein Mitglied für eine Sitzung ausfallen würde. Es gibt eine klare Trennung zu den stadträtlichen Kommissionen und die Fachkommissionen arbeiten keine Geschäfte aus, sondern beurteilen diese.

Rolf Oster, SP, weist darauf hin, dass der Einwohnerrat gemäss Art. 16 der Verfassung eine Aufsichtspflicht hat und bis anhin konnte diese Aufgabe nicht erfüllt werden. Die Kommission Geschäftsberatungsprozess hat sich diesbezüglich auch juristisch beraten lassen. Er hat Verständnis für die Bedenken von Arthur Cantieni. Die Aufsichtspflicht ist jedoch ein Auftrag in der Verfassung und er ist überzeugt, dass diese Lösung richtig ist.

Stephan Brügel weist darauf hin, dass in Art. 36 steht, dass die Kommissionen in geheimer Wahl gewählt werden müssen. Da dieser Artikel nicht angepasst wird, gilt dies für die heutige Wahl und widerspricht deshalb auch dem Text von Art. 37.

Über das weitere Vorgehen wird diskutiert und nachstehende Lösung zur Abstimmung gebracht.

Beschluss

1. **Der Einwohnerrat beschliesst mit 13 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltung, Art. 37 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates zurückzustellen, neu zu formulieren und an der nächsten Sitzung zur Abstimmung zu bringen.**
2. **Der Einwohnerrat stimmt bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu, die Geschäftsordnung des Einwohnerrates Stein am Rhein bezüglich Absatz VII. Kommissionen in Artikel 38 – 41 entsprechend dem beiliegenden Änderungsvorschlag anzupassen.**
3. **Der Bildung von zwei ständigen einwohnerrätlichen Fachkommissionen wird bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zugestimmt.**

Mitteilung an
Einwohnerrat, Werner Käser, Präsident, Mühlestrasse 15, 8260 Stein am Rhein
René Schäffeler, Kommission Geschäftsberatungsprozesse, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat **03.20.**

INNERES, Wahlen, Gemeinde **03.65.005**

6. Wahlen

6.1 Wahl von 5 Mitgliedern der Fachkommission „Soziales, Betreuung, Bildung, Kultur und Wirtschaft“

Ruedi Vetterli, parteilos, schlägt im Namen der SP-Fraktion Cornelia Dean, Irene Gruhler und Rolf Oster vor.

Gian-Luca Marchetto, SVP, schlägt im Namen der bürgerlichen Fraktion Claudio della Giacoma und Christoph Frei vor.

Geheime Wahl:

Cornelia Dean	15 Stimmen	gewählt
Irene Gruhler	15 Stimmen	gewählt
Christoph Frei	14 Stimmen	gewählt
Claudio della Giacoma	14 Stimmen	gewählt
Rolf Oster	14 Stimmen	gewählt

6.2 Wahl von 5 Mitgliedern der Fachkommission „Bau, Liegenschaften, Werke, Sicherheit und Umwelt“

Ruedi Vetterli, parteilos, schlägt im Namen der SP-Fraktion Jörg Derrer und Peter Spescha vor.

Gian-Luca Marchetto, SVP, schlägt im Namen der bürgerlichen Fraktion Daniel Ochsner, Werner Käser und René Schäffeler vor.

Geheime Wahl:

Jörg Derrer	14 Stimmen	gewählt
Werner Käser	14 Stimmen	gewählt
Daniel Ochsner	14 Stimmen	gewählt
Peter Spescha	14 Stimmen	gewählt
René Schäffeler	13 Stimmen	gewählt

Mitteilung an
Einwohnerrat, Werner Käser, Präsident, Mühlestrasse 15, 8260 Stein am Rhein
Kommissionsmitglieder (je einzeln)
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage (mit Wahlprotokoll)

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

7. Motion Kommission „Geschäftsberatungsprozesse“

René Schäffeler, FDP, erklärt, dass im Zuge der Neuregelung des Geschäftsberatungsprozesses und der Bildung zweier ständiger Fachkommissionen des Einwohnerrates die zwingende Einsitznahme von Mitgliedern des Einwohnerrates in den folgenden Kommissionen zu streichen ist:

- Altersheimkommission
- Feuerwehrkommission
- Wasserkommission
- Betriebskommission Wärmeverbund

Einwohnerräte können auch zukünftig in stadträtlichen Kommissionen mitarbeiten, wenn dies vom Stadtrat gewünscht wird, allerdings nicht in der Funktion als Einwohnerrat sondern in Zusammenhang mit ihren fachlichen Kompetenzen.

Beschluss:
Die Motion wird bei 1 Enthaltung als erheblich erklärt und an den Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an
Einwohnerrat, Werner Käser, Präsident, Mühlestrasse 15, 8260 Stein am Rhein
Kommissionsmitglieder (je einzeln)
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage (mit Wahlprotokoll)

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000

8. Motion Oster: Einführung des Labels „Energiestadt“

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, erklärt, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt worden ist.

Rolf Oster, SP, erzählt, dass er bereits vor 5 Jahren das erste Mal daran gedacht hat, diesen Vorstoss zu machen, die Zeit aber dazumal noch nicht reif dafür war. Inzwischen gibt es verschiedene weitere Aspekte in der Energiepolitik, die ihn dazu bewogen haben, dieses Postulat jetzt einzubringen. Die Unterzeichner sind überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, dass der Stadtrat das Label „Energiestadt“ oder ein Gleichartiges in das künftige Leitbild aufnimmt.

Er beantragt, das Postulat anzunehmen und zu überweisen für den Einbezug in ein künftiges Leitbild der Stadt Stein am Rhein.

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, weist darauf hin, dass die Stadt Stein am Rhein bereits einige Bedingungen, die sie als Energiestadt erfüllen müsste, erfüllt.
- Entwicklungsplanung / Raumordnung (Leitbild in Arbeit, sorgfältige Baukontrollen, Geothermie)
- Energieversorgung (Wärmeverbund, geplante Solaranlage)
- Eigene Gebäude (Minergiestandard für HOGA, geplante Immobilienbewirtschaftung)
- Mobilität (Fuss-/ Velowege, Tempo 30 Zonen, Mobility-Fahrzeuge bei der SBB, Veloabstellplätze geplant, Parkplatzbewirtschaftung)
- Versorgung/Entsorgung (GEP auf aktuellen Stand gebracht, Werkleitungen laufend erneuert)
- Interne Organisation (Arbeitsgruppe Wärmeverbund, ausgewiesenes Personal bei der Bauverwaltung)
- Kommunikation (Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerbe, Anlässe und Medieninformation (Wasser, HOGA, etc.))

Im Rahmen des Leitbildes wird zu den Fragen von Energie und Energiegewinnung sicher eine Aussage gemacht werden müssen. Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass in der Folge und im Wissen um die im Leitbild festgelegten Maximen und Leitziele, die Frage angegangen und definiert werden muss.
Im Weiteren weist er darauf hin, dass der finanzielle Aufwand um das Label zu erlangen ca. Fr. 20‘000 beträgt. Der interne Aufwand (Bauverwaltung, etc.) ist dabei nicht berücksichtigt. Gemäss Schätzungen beläuft sich der personelle Aufwand für Umsetzungen und Zertifizierung auf 10 – 20 Stellenprozente.

Der Stadtrat ersucht, den Vorstoss nicht zu überweisen, weil:
- Der finanzielle und administrative Aufwand das Label zu erlangen, umzusetzen und zu rezertifizieren sehr gross ist.
- Die finanziellen Mittel können besser in konkrete Massnahmen investiert werden.
- Die benötigten Stellenprozente sind in der Bauverwaltung nicht vorhanden.
- Stein am Rhein ist durch die eingeleiteten und umgesetzten Massnahmen „Energiestadt“; dies mittels eines Labels zu zertifizieren ist zwar prestigeträchtig, jedoch der Sache und deren Umsetzung nicht zwingend förderlich.

Irene Gruhler, SP, anerkennt durchaus was gemacht wird, aber es wäre an der Zeit, Nägel mit Köpfen einzuschlagen. Ein Label garantiert die Weiterführung des eingeschlagenen Weges und es ist durchaus erstrebenswert das Label oder etwas Gleichwertiges in das Leitbild aufzunehmen.

René Schäffeler, FDP, erklärt, dass sie das Postulat nicht unterstützen werden, wenn es in der jetzigen Form bleibt.

1. Ein Label bedeutet Bürokratie und ist eine Goldgrube für Beratungsstellen und verursacht wiederkehrende Kosten.
2. Die Konsequenzen sind nicht abzuschätzen und die Umsetzung in der Altstadt dürfte nicht einfach sein.
3. Ein Label bringt keine Arbeitsplätze und die Werbewirkung ist bereits vorbei.

Andelfingen und Pfäffikon haben ihre Anträge wieder zurückgezogen. Man sollte sich nicht verzetteln und Geld und Stunden dort einsetzen, wo es auch wirklich etwas bringt.

Gian-Luca Marchetto, SVP; war nach dem Erhalt des Postulates hin- und hergerissen und gespannt auf die Antworten bzw. Meinungen seiner Fraktionskollegen. Nach der Sitzung hat ihm das Thema keine Ruhe gelassen und er hat sich bemüht mit einer Umfrage bei einigen Gemeinden, die das Label Energiestadt erlangt haben, nachzufragen. Aus Datenschutzgründen wird er keine Personen und keine Gemeindenamen nennen.

Er hat 7 Gemeinden befragt, die in etwa die gleichen Einwohnerzahlen wie Stein am Rhein haben. Davon 3 Leute, die in politischen Ämtern und 4 Personen, die in einer technischen Funktion in der Gemeinde tätig sind. Die Stellungnahmen bzw. Antworten waren unterschiedlich, jedoch interessanterweise gab es einen gemeinsamen Tenor, der lautete:

„Wissen Sie, es wird ja schon seit längerem bei uns nach festen Kriterien und Massnahmen gearbeitet, gebaut und auch umgesetzt. Dies steht bei uns als Beispiel in unserem Leitbild“.

Die 79 Massnahmen, die auf der Homepage unter www.energiestadt.ch sind, erfüllt eine Gemeinde heute schon zu ca. 70 – 80%. Dies hat ihm auch Herr Egger von Energie-Schweiz Region Ost so halbwegs bestätigt. Das Label ist nicht unbedingt notwendig, wenn sich eine Stadt oder Gemeinde Energiepolitisch dazu bekennt und als Beispiel einen Massnahmenkatalog für die nächsten 4 Jahre erstellt. Das Label ist nichts anderes als ein Management-System, bei dem jährlich ein Aktivitätenprogramm erfüllt werden muss. Dies ist für ihn ein Zwang.

Gemäss Herr Egger dauert so ein Prozess bis zur Zertifizierung 2 Jahre. Jedes Jahr erfolgt dann eine Standortbestimmung und alle 4 Jahre ein Re-Audit.

Fazit:

- Inzwischen denken alle Anwesenden, dass wir in punkto Energieressourcen sorgfältig und sparsam damit umgehen müssen. Aber dafür braucht es kein Label. Druck ist gut und auch vernünftig, aber kein Zwang.
- Das Geld, das eine Zertifizierung kostet (ca. Fr. 20 – 25‘000, ohne die internen Kosten), ist besser in Projekte investiert, die sofort umgesetzt werden können. Das ist auch ersichtlich für die Bevölkerung und gibt auch einen Vertrauensbeweis. Er denkt da an den Einsatz von LED bei Strassenbeleuchtungen oder Solarpanels bei der Hoga Halle.

Er musste schon etwas Schmunzeln, als ein technisch orientierter Angestellter einer Gemeinde meinte, dass das Erlangen des Labels „Energiestadt“ eine Modeerscheinung sei, bei dessen Vorstoss sich der eine oder andere Initiant eine weitere Ehrennadel auf die politische Brust steckt.

Er bittet, das Postulat nicht zu überweisen.

Arthur Cantieni, SP, schlägt vor, den Text abzuändern und auf irgendeine Art ins Leitbild aufzunehmen.

Es folgt darauf eine Diskussion, ob „ein Gleichwertiges“ mit nur „Gleichwertiges“ ersetzt werden sollte, um dem Stadtrat mehr Handlungsspielraum diesbezüglich zu geben.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, informiert, dass der Text nur durch den Postulanten angepasst werden kann.

Werner Käser, Einwohnerratspräsident, weist darauf hin, dass der Stadtrat nicht einfach etwas ins Leitbild schreiben kann. Er kann sich bei der Erarbeitung dafür einsetzen, dies zu verankern.

Rolf Oster kann sich eine neue Formulierung vorstellen.

Jean-Marc Rossi, ÖBS, anerkennt, dass Labels durchaus eine Modeerscheinung sind. Druck kann aber durchaus nötig sein und eine externe Kontrolle mit einem anderen Blickwinkel kann gut sein. Er ist allerdings etwas verwirrt, was „Gleichwertiges“ sein soll.

Rolf Oster erklärt, dass es auch noch andere Energie-Label gibt. Er könnte seinen Antrag in diesem Sinne auch offen lassen oder formulieren, dass ein externer Fachmann beigezogen wird.

Für **René Schäffeler** ändert auch eine Umformulierung nichts.

Stephan Brügel erklärt, dass laut Art. 32 die Überweisung eines Postulats den Stadtrat verpflichtet, dem Einwohnerrat innert 6 Monaten Bericht und Antrag einzureichen oder eine Verlängerung zu beantragen.

Irene Gruhler hat durchaus Verständnis für die Überlastung der Verwaltung und sie wären deshalb durchaus kulant betreffend Dauer. Die Erarbeitung des Leitbildes dauert ja auch noch an.

Beschluss:
Das Postulat Oster „Einführung des Labels „Energiestadt“ wird mit 8 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen überwiesen.

Mitteilung an
Rolf Oster, Postulant, Espiweg 43, 8260 Stein am Rhein
Bau-/Werkreferent
Stadtschreiber
Bereichsleiter Bau
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

ERZIEHUNG, Allgemeines, Schule allgemein **01.00.010**

9. Interpellation Rossi: Perspektiven für die Schulen

Jean-Marc Rossi, ÖBS, weist darauf hin, dass seit Einreichung seiner Interpellation gewisse Fragen bereits beantwortet und der Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Noch nicht beantwortet wurde Punkt 3, muss bald ein neuer Kindergarten gebaut werden?

C. Eimer, Schulreferentin, weiss, dass dieses Thema brennt und die Antworten auf die Interpellation wurden deshalb bereits vorbereitet und der ganze Wortlaut wird abgegeben.

Das Thema Schule ist immer mit vielen Emotionen verbunden. Es betrifft alle und Erziehungsberechtigte von Schulkindern doppelt. Man möchte für sein Kind die besten Bedingungen und die besten Lehrpersonen, damit die wichtige Zeit des Lernens auch eine interessante und positive ist.

Mit der Fridau verbinden Generationen von Steinerinnen und Steinern die Erinnerungen an ihre Kindergartenjahre. In diesem Sinne haben alle ihre Erfahrungen mit der Fridau gemacht und machen sie immer noch.

Wie geht es weiter mit dem Kindergarten Fridau?
Im März 2011 hat der Einwohnerrat der Schaffung eines Waldkindergartens zugestimmt in der Annahme, dass aufgrund der Kindergartenzahlen die Fridau auf August 2013 ersatzlos gestrichen werden kann. Der Stadtrat hat am 4. März 11 in der Waldkindergarten-Vorlage für den Einwohnerrat geschrieben:“ Die Raumfrage für einen dritten Kindergartenstandort ist gelöst. Der sanierungsbedürftige Bau „Fridau“ wird in zwei Jahren aufgehoben ...“ Das hiess für die Stadt, dass kein Geld mehr in die Hand genommen wird zur Sanierung oder Renovierung der Fridau. Doch die Kindergartenzahlen haben sich anders als prognostiziert entwickelt und deshalb hat der Stadtrat diesen Frühling entschieden, den KIGA Fridau für ein weiteres Jahr zu führen.
Im Sommer 2012 hat der Stadtrat eine bauliche Bestandesaufnahme der Räumlichkeiten durch ein externes Ingenieurbüro vornehmen lassen. Alle Beurteilungen kommen zum Schluss, dass Sicherheit und Betrieb gewährleistet, die Bausubstanz sowie die Tragkonstruktion sicher sind. Das Dachprovisorium wurde ausschliesslich zum Schutz vor eindringendem Wasser erstellt. Gestützt auf diese Beurteilungen hat der Stadtrat festgelegt, dass der Kindergarten Fridau im Schuljahr 2013/14 zur Verfügung steht.

Ab Schuljahr 2014/15 steht der Kindergarten Fridau nicht mehr zur Verfügung; der Stadtrat fasste diesen Beschluss aufgrund der vorliegenden Grundlagen und der derzeit absehbaren Schülerzahlen. Er behält sich selbstverständlich vor, bei veränderten Verhältnissen die Situation neu zu prüfen und zu entscheiden.

Mit welchen Prognosen rechnet die Schulbehörde in den nächsten Jahren?
Das Thema Schülerentwicklung und Schulraumbedarf ist permanente Aufgabe von Schulreferat und Schulbehörde. Für die strategische Ausrichtung spielen folgende Überlegungen eine wichtige Rolle:

- Schweizweit zeigen die langfristigen Prognosen rückläufige Kinderzahlen; Stein am Rhein und der obere Kantonsteil bilden keine Ausnahmen. Mittelfristig gesehen nimmt in Hemishofen die Schülerzahl ab und in Stein am Rhein eher zu. Diese demographische Entwicklung stellt für die Schulen und die Gemeinden eine grosse Herausforderung dar.
- Vom Kanton Schaffhausen bekommen wir den Spardruck zu spüren. Es ist absehbar, dass der Kanton höhere Schülerzahlen pro Klasse fordert und vor allem in ländlichen Gemeinden mit Kleinschulen eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden favorisiert.

Die Schulbehörden und die Räte der beiden Gemeinden haben eine Arbeitsgruppe "Schulzusammenarbeit" eingesetzt. Diese prüft, in welcher Form die Zusammenarbeit der Schulen Stein am Rhein und Hemishofen möglich ist und wie Ressourcen und Infrastrukturen optimal eingesetzt werden können. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind nach positiven Vorgesprächen zuversichtlich an die Arbeit gegangen. Die erste Sitzung fand am 17. Juni 2013 statt. Ein öffentlicher Workshop mit Erziehungsberechtigten und Interessierten ist vorbereitet; er findet am 24. Juni 2013 in Hemishofen statt. An diesem Anlass werden die Bedürfnisse, Gedanken und Ideen erhoben. Zudem wird Gelegen-

heit geboten, die Schulzimmer und den Kindergarten in Hemishofen zu besichtigen. Dabei soll die Stimmung etwas abgetastet werden, aber es sind auch noch viele Knacknüsse wie z.Bsp. Schultransport zu lösen.

Auf das Schuljahr 2014/15 ist an der Unterstufe mit einer Klasse zusätzlich zu rechnen. Der bis Frühjahr 2014/15 von der Stadtmusik benützte Raum im Lagerhaus Schanz wird als zusätzliches Schulzimmer eingerichtet. Die Stadtmusik zieht in den Mehrzweckraum der Sporthalle HOGA um.

Die anlaufende Schulzusammenarbeit Stein am Rhein und Hemishofen gibt die Möglichkeit, Szenarien und Modelle anzudenken und zu planen, so dass die Schulraumplanung für 2014/15 auf neu erarbeitete Grundlagen erfolgen kann; Voraussetzung ist die Konstanz der Schülerzahlen. Langfristig gesehen nehmen in Stein am Rhein die Schülerzahlen ab, dies wirkt sich ab Schuljahr 2018/19 deutlich aus.

Die Schulbehörde ist bestrebt, über aktuelle Schulthemen kontinuierlich zu informieren. Dabei ist es ihr wichtig, dass Anliegen der Erziehungsberechtigten aufgenommen und transparent diskutiert werden. Der Einbezug von Betroffenen ist wichtig und notwendig. Die Schule ist und bleibt eine wichtige Institution der Gemeinden.

Jean-Marc Rossi bezieht sich auf die Klassengrössen, die erhöht werden sollen. In Stein am Rhein wird altersdurchmischt und integral unterrichtet, gelten da nicht andere Werte?

Claudia Eimer verweist auf das Schulgesetz von 1981, das nicht überarbeitet wurde. Die Klassengrösse in der Unterstufe liegt bei 16 – 18 Schülern, in der Mittelstufe bei 20. Eine Tabelle mit der Entwicklung der Schülerzahlen liegt den Unterlagen bei. Durch Zuzug und Wegzug wechseln die Schülerzahlen fast wöchentlich. Die Altersdurchmischung bietet Stabilität, dass die Klassen gehalten werden können.

Jean-Marc Rossi bezieht sich auf die Aussagen der Schulleiter, dass mehr Schulraum benötigt wird. Wie sieht es damit aus?

Claudia Eimer geht davon aus, dass die Bedürfnisse für 2014/15 mit dem zusätzlichen Raum im Lagerhaus abgedeckt werden können. Die Zusammenarbeit mit Hemishofen bietet Möglichkeiten. Stein am Rhein hat noch keine Bewilligung für neue Klassen und Hemishofen spürt den Druck des Kantons.

Auf die Frage des Vorsitzenden beantragt Jean-Marc Rossi keine Diskussion. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das Geschäft ist erledigt.

Mitteilung an
Jean-Marc Rossi, Interpellant, Landhusweg 9, 8260 Stein am Rhein
Stadtpräsidentin/Schulreferentin
Schulbehörde Stein am Rhein, Frau Nicole Schallhart, Blaurockstrasse 8, 8260 Stein am Rhein
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat **03.20.000**

10. Allgemeine Umfrage

Claudia Eimer, Stadtpräsidentin, informiert über folgende Punkte:
- Die Arbeiten für die neue Geschäftsordnung des Stadtrates sind in der zweiten Lesung und werden bald abgeschlossen sein.

- Bezüglich des Leitbildes ist man auf der Suche nach den geeigneten Moderatoren.
- Die neuen Legislaturziele 2013 – 2016 sind in Arbeit und der Entwurf vom 19. Juni 2013 wird an die Einwohnerräte als Information verteilt. Die Themen sind nicht abschliessend und die Legislaturziele sollen ein Arbeitsinstrument für das Leitbild sein.

*****

Markus Oderbolz, Bau- und Werkreferent, teilt mit, dass das überarbeitete Weissbuch am Anschluss an die Sitzung an die Einwohnerräte abgegeben wird.

*****

Cornelia Dean, SP, hat sich mit dem Thema Schule ebenfalls auseinandergesetzt. Das Thema wirft hohe Wellen und Sie bittet, die Bürger/-innen und deren Anliegen und Ängste ernst zu nehmen. Die Leute ziehen nicht nach Stein am Rhein, damit die Kinder dann in Hemishofen zur Schule gehen. Die Informationen erfolgen sehr spärlich, das führt zu viel Geschwätz und tut der Sache nicht gut. Sie bittet, das Thema sensibel anzupacken und hofft auf eine zufriedenstellende Lösung.

*****

Irene Gruhler, SP, verweist auf den nun öffentlich aufliegenden Quartierplan Degerfeld. Man rechnet mit dem Zuzug von ca. 400 Personen und darunter werden auch Kinder und Schüler sein. Sie bittet, dass dies bei der Schulraumplanung auch berücksichtigt wird.

*****

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Stein am Rhein, 24. Juni 2013

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer